

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Sonntag: Monats-Bezugspreis 2.00 M., in den Monatsheften zu 2.10 M., bei halbjährlicher Abnahme 10.00 M., bei vierteljährlicher Abnahme 6.00 M., bei halbjährlicher Abnahme 10.00 M., bei vierteljährlicher Abnahme 6.00 M.

Das Blatt erscheint an jedem Sonntag: Monats-Bezugspreis 2.00 M., in den Monatsheften zu 2.10 M., bei halbjährlicher Abnahme 10.00 M., bei vierteljährlicher Abnahme 6.00 M.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jüdisch, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt. Rotationsdruck und Verlag: C. G. Koberg (Inh. Ernst Koberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Pögerl in Frankenberg.

Nr. 185

Donnerstag den 9. August 1928 nachmittags

87. Jahrgang

Ein neues Deutsches Reich

Dr. Luther über die Pläne des Bundes zur Erneuerung des Reiches. Verwaltung und Regierung sind zu teuer — Das Volk bezahlt die Fehler des Staatsbaues.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren
Bismarck, 8. 8. In der Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung“ vom 8. August nimmt Reichskanzler a. D. Dr. Luther unter der Überschrift „Um Deutschlands innere Einheit“ zu den Aufgaben des Bundes zur Erneuerung des Reiches Stellung. Dr. Luther führt u. a. aus: Die vorzeitig veröffentlichten Entwürfe des Bundes zur Erneuerung des Reiches stellen nur einen Auschnitt aus der Arbeit des Bundes dar. Ein erschöpfendes Bild, das die vielfach sehr wichtigen Einzelheiten aufweist, ergibt sich aus ihnen allein nicht. So ist denn auch die Kritik an den Entwürfen vielfach in die Irre gegangen. Nachdem indessen die Entwürfe bekannt geworden sind, soll schon jetzt über das allgemeine Arbeitsziel des Bundes vor der Öffentlichkeit folgendes gesagt werden:

Deutschlands Lage ist gefährlich.
Nichts ist gewisser. Um in der Gegenwart durchzuführen und eine bessere Zukunft zu erringen, muß der Reichsbau gefördert werden. Mit dem geringsten Verbrauch an Kräften soll das Reich auf die beste Weise verwaltet werden. Das Volk ist einig darüber, daß dies nicht geschieht, daß Verwaltung und Regierung in ihrer heutigen Form zu teuer und zu wenig wirksam sind. Kräfte und Energien werden verschwendet, was zusammengeführt und gespart werden sollte. Die Welt draußen meint, daß den Kräften der Deutschen kaum eine Aufgabe zu schwer sei. Dies beweist die Höhe der Reparationsforderungen. Die Bezahlung der Deutschen, sich eine ihre Kräfte nach außen und innen zusammenfassende Regierung zu geben, wird, seit die Deutschen in die Geschichte eintraten, weit geringer bewertet. Von jeder Bemühung die Gegner dieses Fehlers der staatlichen Kräfte zusammenfassung zur Entmachtung und Niederhaltung der so starken und tüchtigen deutschen Rasse.

Der Ruf nach „Erneuerung des Reiches an Haupt und Gliedern“ erfüllte fast drei Vierteljahrtausende der deutschen Geschichte. Um das Reich zu bewahren, um es unter den veränderten Bedingungen des deutschen Lebenskampfes nicht vergehen zu lassen, muß der Staat für die neuen Aufgaben weitergebildet und zusammengeschweißt werden. Soll

das Schicksal des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation
das heutige Reich nicht treffen, dann ist keine lange Zeit mehr zu verlieren. Die Verantwortlichen der deutschen Zahlungsabläufe, die jeder Monat neu vor Augen führt, zeigen, daß es so nicht weitergehen darf. Die Sprache dieser Tatsachen ist so heftig, daß auch ohne nachdrückliche Gemeinschaftsmaßnahmen die Zahlungsabläufe nicht zu vermeiden sind. Die Zahlungsabläufe der Deutschen, die die Zahlungsabläufe ausmachen, ein Fehlbetrag, der sich leicht noch erhöhen kann.
Gerunterdrückt läßt er sich nur, wenn die Reichsregierung Maßnahmen ergreift und auch durchführt, die durch Ausgabenminderung die Einnahmen steigern. Jeder Steuererhöhung, die an irgend einer Stelle im Deutschen Reich überflüssig ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden. Er fehlt zum Wiederaufbau des von Handel und Industrie verlorene Kapitals, fehlt vor allem

für die dringend notwendige Produktionssteigerung der Landwirtschaft.
Vor einem Menschenalter wurde in Deutschland nur ein kleiner Teil des Volkseinkommens für etwa ein Drittel des Volkseinkommens von öffentlichen Staatsbedürfnissen beansprucht. Gegenwärtig wird etwa ein Drittel des Volkseinkommens von öffentlichen Körperschaften für direkte oder indirekte staatliche Zwecke angefordert. Die Ungereimtheiten des deutschen Staatsbaues haben nur deshalb noch nicht zu offensichtlichen Zusammenbrüchen geführt, weil im Gegensatz zur Altersgesellschaft der Staat immer wieder Zwangsbeiträge von seinen Bürgern erheben kann.
Das Volk zahlt für die Fehler in seinem Staatsanbau.
Solange der Dualismus in der Reichshauptstadt zwischen preussischer und Reichsregierung auf

wischen Preussenparlament und Reichstag besteht, sind durchgreifende, das ganze Reich umfassende Sanierungsmaßnahmen unmöglich. Im Meinungsstreit zwischen preussischer und Reichsregierung gibt es keine Instanz, die zur Entscheidung berechtigt oder berufen ist. Reichspräsident und Reichskanzler haben in Preußen nicht das geringste zu sagen. Nach dem Staatsrecht brandt ihnen kein Schuttpolitik zu gebieten. Die Innenpolitik des drei Fünftel des Reiches umfassenden Preußen und die deutsche Außenpolitik müssen von Fall zu Fall in Einklang gebracht werden, was nicht immer und nicht immer rechtzeitig gelingt. Auf der anderen Seite ist ein Teil der deutschen Länder keinen staatlichen Aufgaben als Land nicht mehr gewachsen. Sie erlangen selbst die Problematik und Unhaltbarkeit ihrer gegenwärtigen Staatsform. Sie wünschen Vereinfachung und Veränderung.

Die zwingenden Gründe für eine Kräftigung der Reichsgewalt dürfen nun aber nicht eine Auflösung des preussischen Staatszusammenhangs herbeiführen. Die Bildung des preussischen Staates ist eine der größten Taten deutscher Vergangenheit und die sich in ihm auswirkende Staatskraft ist auch für die Gegenwart in keiner Weise überflüssig geworden und ist besonders nötig für unsere so bedrohten Ostern. Die Aufgabe liegt also darin, den Dualismus zwischen Reich und Preußen zu überwinden und doch den Zusammenhang Preußens als staatliches Gebilde zu erhalten.

Ebenso wenig aber darf das Endergebnis eine Zentralisation sein.
Gerade umso stark als möglich deutsch zu sein, muß die Reichsgewalt durch ein ausgeprägtes, sich seines Wertes bewußtes Eigenleben der einzelnen Teile Deutschlands untermauert werden. Im künftigen Reichsland wird dafür zu sorgen sein, daß möglichst viele Aufgaben den Stellen übertragen werden, in denen der Gedanke der Selbstverwaltung sich am kräftigsten regt. Das werden nicht nur die Provinzen sein, sondern vor allem Dingen wie bisher Städte und Gemeinden, die mit ihrer unmittelbaren Arbeit für das Wohl der Bevölkerung die Grundpfeiler des deutschen Staatswesens auch in der Zukunft bleiben müssen.

Die Kritik
Berlin, 8. 8. Der heute früh von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Plan des früheren Reichskanzlers Dr. Luther findet in einigen Blättern bereits lebhafteste Kritik. So laßt die „Vossische Zeitung“, die Lutherischen Volkspartei einen merkwürdig unorganischen Kompromiß zwischen den verschiedenen Reichsreformprogrammen, die man bisher verstanden habe. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Es solle also eine Art Norddeutscher Block gebildet werden, der aber kein Großpreußen, sondern ein Reichsland sei, so daß von allen selbständigen Ländern nur Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen bestehen bleiben. Abgesehen von einer Reihe sonderbarer Einzelheiten dürfte der Plan auch im ganzen überall auf Widerstand stoßen, ebenso sehr bei Preußen wie bei den süddeutschen Ländern, die bestritten werden, von dem Norddeutschen Block erdrückt zu werden. Diesen Weg der Erneuerung werde das Reich gewiß nicht gehen.
Auch in den Blättern der Rechten wird an diesem Pläne Kritik geübt. So schreibt die „Kreuzzeitung“ u. a.: Dieser Vorschlag des Bundes ist keine Lösung, der wir in irgend einem Punkte beitreten können, es sei denn, daß auch wir die tüchtigste Befestigung der Enklaven und Exklaven begründen. Für uns sind diese Vorschläge völlig inakzeptabel, da sie unserer föderativen Grundbestimmung jenseits zuwiderlaufen, zum anderen aber Bonapartes zerstückeln, ohne Besseres an seine Stelle zu setzen.
Der Preußenbund enthält folgende Erklärung: Die Entwürfe des vom früheren Reichskanzler Dr. Luther gegründeten sogenannten Bundes für Erneuerung des Reiches bedeuten nicht weniger als die gewollte Zerstückelung des Reiches, der uns von unserem Leben Preußen noch geblieben ist. Der Preußenbund weiß sich der Zustimmung aller wahren Preußen gewiß, wenn er gegen diese Pläne schärfste Verwahrung einlegt.

Kredithilfe für die Kleinindustrie

(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 9. August.
Seit der Stabilisierung unserer Währung und dem Kapitalbedarf in Deutschland ist es der deutschen Industrie nur möglich gewesen, wiederanzubauen mit Krediten, die aus dem Auslandem flossen. Leider gelang es jenseit nur der Großindustrie, Kredite flüssig zu machen. Es war eine alte Erscheinung, daß je größer die Forderungen waren, desto leichter sich Geber fanden. Diese ausländischen Geplagten machten sich auch schließlich die deutschen Banken zu eigen. So wurde es tatsächlich leichter, auch bei deutschen Banken einen großen Kredit, als einen kleinen Kreditnehmer dadurch, daß sie von den flüssigen Mitteln kreditbegünstigter Großunternehmungen etwas abriefen. Schließlich aber durften die großen Kreditnehmer nicht zu bereitwillig über ihre Flüssigkeit verfügen. Damit stellte sich die katastrophale schlechte Kreditlage bei der Mittel- und Kleinindustrie ein, die sich nun vergeblich bemühte, vom allmählich in Deutschland angefallenen Privatkapital Nutzen zu ziehen. Dieses Privatkapital ist jedoch, nach den trübten Erfahrungen der vernichtenden Inflation, vorzüglich geworden. Es hat keine Rettung, ungesicherte Kreditgeschäfte zu machen, zumal gerade die nicht mit großer Sicherheit verlässlichen Beträge der Mittel- und Kleinindustrie Verlußtbestätigung aufkommen lassen. Man hat deshalb während den Rückgang der Mittel- und Kleinindustrie in Deutschland Beobachtungen und feststellen können, der sich lediglich auf den Mangel an Mitteln zurückführen läßt. Und wenn auf der einen Seite auch die Entwicklung zu Trübsal und Konzernbildungen geht, so gibt es doch noch genug Einzeltätige, die die Mittel- und Kleinindustrie nicht vernichtet wissen wollen. Sie suchen nach dem Ausweg, dieser Kleinindustrie Kreditmittel zuzuführen.
Es ist schließlich nach langwierigen Verhandlungen gelungen, die Grundlagen zur Gründung einer „Zentralbank Deutscher Industrie, A.-G.“ zu finden. Dieses Institut muß sich zur Aufgabe, für die Mittel- und Kleinindustrie Deutschlands Auslandskapital zu vermitteln. Das Kapital zu dieser Bank wird von deutschen Staatsbanken, öffentlich-rechtlichen Instituten, und von amerikanischen und holländischen Banken übernommen. Demnach geht die Gründung in der Hauptsache vom Staat aus unter einer Beteiligung von 25 Prozent ausländischen Kapitals. Die Bank hofft den Auslandsgeldgebern gegenüber, während sie über die zu vergebenden Mittel frei verfügt. Wenn auch der Kredit, der von allen mittleren und Kleinunternehmungen verlangt werden kann, in großartiger Weise gegeben wird, so lassen sich gewisse Sicherheiten nicht angeben. Immerhin rechnet die Bank mit erheblichen Verlusten, und um diese einzubringen, muß jeder Kreditnehmer 10 Prozent über seinen eigenen Kredit der Bank gegenüber eine Haftung übernehmen. Aus dieser Feststellung läßt sich am leichtesten der Schluss ziehen, daß man nicht zu

Kurzer Tagespiegel

Reichspräsident v. Hindenburg hat am gestrigen Mittwoch an dem Flotten-Artillerie-Schießen teilgenommen und ist am Abend wieder aus Kiel nach Berlin zurückgereist.
Reichskanzler a. D. Dr. Luther äußert sich über die Pläne des Bundes zur Erneuerung des Reiches.
Stephan Raditsch ist Mittwoch abends 8 Uhr 55 gestorben.
Der Tod Raditschs hat in Agram und in ganz Südslawien tiefe Erschütterung hervorgerufen. Die Ruhe wurde in Agram am Mittwoch abends nicht gestört.
In Südslawien haben sich im Verlauf eines Streikes in einer Waggonfabrik in Zankla blutige Krawalle ereignet.
Das olympische Wasserballturnier ist von Deutschland gegen Ungarn mit 5:3 gewonnen worden.
Die polnische Presse zeigt bestialisch die Enttäuschung darüber, daß die polnischen Ozeanflieger von einem deutschen Dampfer aufgenommen werden mußten und benutzt diese Gelegenheit zu einem unverkennbaren Vögelzug gegen Deutschland.
In Lemberg ist ein großer Bestechungsstandal aufgedeckt worden.
Die rumänische Delegation für die deutsch-rumänischen Verhandlungen ist gestern nach Berlin abgereist.
Im Zusammenhang mit der Erkrankung Chamberlains wird in der französischen Presse lebhaft die Frage erörtert, ob nunmehr Stresemann nach Paris und nach Genf kommen werde.
Der deutsche Gesandte in Peking hat Verhandlungen mit der Regierung in Peking aufgenommen.
In den Verhandlungen zwischen Japan und der Mandchurie konnte bisher ein Ergebnis nicht erzielt werden.

engherzig sein will, sondern daß tatsächliche und schnelle Hilfe als die Hauptaufgabe der Bank angesehen wird. Man könnte nur wünschen, daß es in kurzer Zeit gelingt, die Pläne durchzuführen. Da das Aktienkapital der Bank mit 15 Millionen festgesetzt werden soll und zunächst Auslandsanleihen in zehnfacher Höhe in Aussicht genommen sind, könnten Kredite in einer Gesamthöhe von 100 bis 150 Millionen schleunigst vergeben werden. Die Organisation wird freilich noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da die Absicht besteht, im ganzen Reich Ortsauschüsse zu gründen, die die Kreditgeschäfte, die selbstverständlich aus dem ganzen Lande kommen, zu bearbeiten haben.

Stephan Raditsch †

Zodesursache: Herzschwäche
Karam, 8. 8. Stephan Raditsch ist Mittwoch abends 8,55 Uhr gestorben. Die Zodesursache war nach dem ärztlichen Befund Herzschwäche.

Stephan Raditsch wurde als Sohn häuerlicher Eltern am 11. Juli 1871 in dem Dorf Trebatos bei Sijal in Kroatien geboren. Er studierte in Moskau, Prag und Paris. Stephan Raditsch vertrat in seiner Heimat die albanische Sprache. Seine sprachliche Fertigkeit brachte ihm mehrere geistlichen Ämter ein. Ende 1904 gründete Stephan Raditsch mit seinem Bruder die Kroatische Bauernpartei. Stephan Raditsch galt vor dem Weltkrieg als treuer Anhänger der Habsburger und übertrug sogar die Anführerschaft des kroatischen. Nach dem Krieg bekämpfte er zunächst den Bolschewismus. In der Frage der Staatsbildung trat er in heftigste Opposition gegen Belgrad. Trotzdem wurde er als populärer Mann in Kroatien im Frühjahr 1928 mit der Regierungsbildung betraut, doch mißlang seine Aufgabe. Die heftigste oppositionelle Einstellung Stephan Raditschs gegenüber Serbien und seine leidenschaftlichen Ausfälle führten schließlich die blutigen Ereignisse vom 20. Juni und eine eigene schmerzliche Verlegung herbei, an deren Folgen er nun heute gestorben ist.

Die Londoner Presse zu Raditschs Tod

London, 9. 8. Künigsprach. Stephan Raditschs Ableben wird von der englischen Presse in ausführlichen Nachrichten und Beilagen gewürdigt. Die „Times“ erklärt, der Tod Raditschs sei geteilt, keinen letzten Rechtfertigungen gegen die Serben unter keiner radikaleren Gelobenschaft weiteren Nachdruck zu verleihen. Auf der anderen Seite würden keine möglichen Nachfolger Männer mit gemäßigteren Ansichten sein. Der „Daily Telegraph“ und mit ihm die übrigen Blätter stellen fest, daß Raditsch die bei weitem einflussreichste Persönlichkeit der kroatischen Bevölkerung Südslawiens war und einer der einflussreichsten Männer im gesamten Königreich.

Der Eindruck in Berlin

Berlin, 9. 8. Künigsprach. In Berliner politischen Kreisen hat die Nachricht vom dem Tode Raditschs, obwohl sie nicht unerwartet kam, aber nicht und allgemeines Bedauern ausgelöst. Obwohl die ethischen Bemühungen der Belagerten Regierung und die Meinungsverschiedenheiten mit Agram unter allen Umständen beizulegen anerkannt werden, wird doch der Entwicklung der Dinge mit einiger Besorgnis entgegengesehen. Immerhin hat die Nachricht, daß auch nach Raditschs Tod ein Mitglied der gemäßigten Richtung der kroatischen Bauern die Führung übernimmt, etwas beruhigt.